



Energiekrise: die betroffenen Sektoren

Seite 8

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3

Genug bezahlbare Energie im Jahr 2023?

Seiten 4-5

Degressivität Arbeitslosengeld

Seite 6

Straßentransport

Seite 7

Meldungen

Seiten 8-10

Dossier: Welche Sektoren sind am stärksten von der Energiekrise betroffen?

Seite 11

Meldungen

Seiten 12-13

ACV-CSC METEA

Seiten 14-15

CNE: Flexi-Jobs zerstören feste Arbeitsplätze

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt Liliane Louges
Angela Mertes Jochen Mettlen
Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressediens@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung per Telefon oder Mail:

Montags bis donnerstags
8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr
Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr
087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen

Montags 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr



GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



Genug bezahlbare Energie im Jahr 2023?

Nach der Pandemie in Belgien kam die Energiekrise. Alle Preise sind gestiegen, unglaublich hohe Stromvorauszahlungen sind zu bezahlen. Der Krieg in der Ukraine hat die Europäische Union veranlasst, über ihre Energiepolitik nachzudenken und aktiv zu werden.

Der belgische Staat und Engie haben eine Vereinbarung über die Verlängerung der Laufzeit belgischer Kernkraftwerke getroffen. Es handelt sich um ein sehr technisches Dossier: Es berücksichtigt den Zustand der Kernkraftwerke, die belgische Gesetzgebung, die Energievorräte im übrigen Europa, aber auch die Situation in der Ukraine. Der belgische Staat und Engie haben eine Methode festgelegt, die es ermöglicht, die Kosten für die Endlagerung nuklearer Abfälle und die Stilllegung und den Rückbau von Kernkraftwerken zu berechnen. Das Verursacherprinzip wird beibehalten, und die Arbeit auf dieser Grundlage wird in den kommenden Monaten fortgesetzt.

Deckelung Gas- und Strompreise

Ende Dezember 2022 einigten sich die europäischen Energieminister auf eine Deckelung des Erdgaspreises.

Der Mechanismus wird aktiviert, sobald der Großhandelspreis 180 Euro pro Megawattstunde übersteigt. Für die CSC ist diese Vereinbarung ein guter Anfang, aber diese Obergrenze muss mit zusätzlichen nationalen Beihilfen einhergehen, wenn die Gaspreise auf den Märkten wieder steigen. Auch die Stromerzeuger müssen Zugeständnisse machen: Ihnen wird eine Obergrenze von 130 Euro pro Megawattstunde auferlegt. Über diese Obergrenze hinaus müssen sie 100 % der Gewinne abgeben. Wenn sie Strom aus Biomasse und der Verbrennung von Siedlungsabfällen erzeugen, liegt die Obergrenze bei 180 Euro pro Megawattstunde.

Unglaublich hohe Vorauszahlungen

Angesichts der hohen Energiekosten und trotz des aktuellen leichten Preisrückgangs trauen sich viele Menschen kaum oder gar nicht, die

Heizung einzuschalten. Ein Optimist wird sagen, dass eine Energiewende jetzt unumgänglich ist. Ein neuer Bericht der Internationalen Energieagentur offenbart ein erneutes Interesse an erneuerbaren Energien als Versorgungsquelle. Es wird erwartet, dass sich die weltweite Gesamtkapazität der erneuerbaren Energien in den nächsten fünf Jahren fast verdoppeln wird.

Ein solches Ergebnis wäre ein Schritt in Richtung der Ziele, die 2015 im Rahmen des Pariser Klimaabkommens festgelegt wurden. Dennoch fällt es dem normalen Bürger oft schwer, seine Vorauszahlungen zu begleichen. Der erweiterte Sozialtarif, der einer Million schutzbedürftiger Haushalte zugutekommt, war bis Ende März verlängert worden. Nun profitieren diese Menschen von einer neuen Maßnahme: dem „Energiepaket“ der Föderalregierung, d.h. eine Ermäßigung von 135 Euro auf die Gasrechnung und 61 Euro auf die Stromrechnung, im November und Dezember 2022, sowie im Januar, Februar und März 2023. Der einmalige Heizöl-Scheck, der im September von 225 auf 300 Euro erhöht wurde, kann weiterhin online oder auf Papier beantragt werden. Wer mit Pellets heizt, hat Anspruch auf eine Krisenprämie von 250 Euro, kann diese aber noch nicht beantragen.

Energierechnung +20 Euro

Vor einigen Tagen hat sich die Föderalregierung auf eine Reform der Energierechnungen ab dem 1. April 2023 geeinigt, weil die Energiepreise sinken würden. Demnach soll die Mehrwertsteuer auf Energieprodukte weiterhin 6 % - statt wie vor der Energiekrise 21 % - betragen. Gleichzeitig sollen aber die Verbrauchersteuern (Akzisen) angehoben werden. Somit dürfte die Energierechnung ab dem 1. April für die Haushalte rund 20 Euro teurer ausfallen. Laut Regierung bedeutend weniger, als 21 % Mehrwertsteuer auf Energieprodukte. Ein äußerst schwacher Trost für die vielen Familien, die in diesen schwierigen Zeiten kaum über die Runden kommen.

Die Gesamtkapazität der erneuerbaren Energien wird sich in den nächsten 5 Jahren voraussichtlich fast verdoppeln.



Degressivität des Arbeitslosengeldes Zehn Jahre Ineffizienz: Schluss damit!

Ein Bericht des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung (LfA) stellt fest, dass es keine Beweise dafür gibt, dass Arbeitslose durch eine Reduzierung ihrer Zulagen zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt ermutigt würden.

Im November 2012 reformierte die Regierung Di Rupo die Arbeitslosenversicherung, insbesondere durch eine verstärkte Degressivität der Zulagen. Mit dieser Maßnahme wird die Arbeitslosenunterstützung schneller gekürzt, bis sie ein absolutes Minimum erreicht (siehe S. 5). Diese Reform zielte nach der Finanzkrise von 2008 darauf



**DIE CSC WAR IMMER
GEGEN DIE DEGRESSIVITÄT
DES ARBEITSLÖSUNGSGELDES.**

ab, Ausgaben im Bereich der Zulagen und Entschädigungen aufgrund folgender Annahme einzusparen: Wenn das Arbeitslosengeld progressiv gekürzt wird, werden Arbeitslose schnell Arbeit suchen. Zehn Jahre nach der Umsetzung dieser Reform stellt eine Studie des LfA fest, dass es keine Beweise dafür gibt, dass diese schrittweise Kürzung der Zulagen sich auf den Übergang in die Beschäftigung auswirkt. Dieser Fakt bestätigt, was die CSC seit Jahren sagt: Es hat keinen Sinn, Menschen mit finanziellen Drohungen zur Arbeit zu drängen. Und wie viel wurde zwischen 2012 und 2020 eingespart? Gerade mal 0,5 % der Gesamtausgaben.

ab, Ausgaben im Bereich der Zulagen und Entschädigungen aufgrund folgender Annahme einzusparen: Wenn das Arbeitslosengeld progressiv gekürzt wird, werden Arbeitslose schnell Arbeit suchen. Zehn Jahre nach der Umsetzung dieser Reform stellt eine Studie des LfA fest, dass es keine Beweise dafür gibt, dass diese schrittweise Kürzung der Zulagen sich auf den Übergang in die Beschäftigung auswirkt. Dieser Fakt bestätigt, was die CSC seit Jahren sagt: Es hat keinen Sinn, Menschen mit finanziellen Drohungen zur Arbeit zu drängen. Und wie viel wurde zwischen 2012 und 2020 eingespart? Gerade mal 0,5 % der Gesamtausgaben.

Das Dogma der Beschäftigungsquote

„Wir waren immer gegen die Degressivität des Arbeitslosengeldes“, sagt Khadija Khourcha, Verantwortliche der CSC-Arbeitslosenunterstützung in Belgien unbefristet ist, ist der gewährte Betrag einer der niedrigsten in Europa. Durch die Reduzierung fragen sich die Menschen, wie sie über die Runden kommen sollen und sind daher weniger verfügbar, um gelassen einen Job zu suchen.“ Mit dieser Maßnahme hoffte die Regierung, dass sich die Reduzierung der Zulagen auf das Arbeitssuchverhalten auswirken würde. Sowohl Organisationen zur Armutsbekämpfung als auch Gewerkschaften behaupteten damals schon, dass die zunehmende Degressivität nur mehr Menschen in die Armut treiben würde und dass sie dadurch nicht schneller einen neuen Arbeitsplatz finden würden. Dieser Standpunkt wird jetzt durch den neuen LfA-Bericht bestätigt.

Neben ihrer Ineffizienz wirft diese Maßnahme auch Fragen über die Art und Weise auf, wie die öffentlichen Behörden ihren Auftrag erfüllen, die Arbeitslosen zu schützen. Der Bericht stellt fest, dass die Behörden eines der Hauptziele der Arbeitslosenunterstützung vernachlässigen, nämlich verhindern, dass Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, in die Armut abrutschen. „Lange Zeit“, so Khadija Khourcha, „war es das Ziel der öffentlichen Behörden, die Menschen aufgrund des Dogmas der Beschäftigungsquote um jeden Preis aus der Arbeitslosigkeit zu führen. Der Zweck der Degressivität besteht darin, die Existenz der arbeitslosen Person unerträglich zu machen. Anstatt immer mehr Menschen in die soziale Sicherheit einzubeziehen,

Die Regierung hoffte, dass sich die Kürzung des Arbeitslosengeldes auf die Arbeitsuche auswirken würde.



haben wir den Eindruck, dass man unterscheidet zwischen jenen, die beschäftigungsfähig sind und unter dem Deckmantel des Arbeitsplatzmangels gezwungen sind, jede Arbeit anzunehmen, um nicht als faul abgestempelt zu werden einerseits, und jenen, die zu weit von der Beschäftigung entfernt sind und in der Arbeitslosigkeit stecken bleiben andererseits. Der Arbeitsmarkt will sie nicht, weil es genug qualifizierte, gesunde Menschen gibt. Wir bewegen uns auf eine Gesellschaft zu, in der manche drinnen und andere draußen stehen.“

Ein Hebel zum Handeln

Khadija fasst zusammen: „Ideologie ist auch ein Hindernis für die Beschäftigung. Es gibt in der Tat viele Bedürfnisse, die nicht erfüllt werden, die Unternehmen aber nicht in-

teressieren, weil keine interessanten Gewinne zu erwarten sind. Dieser LfA-Bericht ist ein Hebel, um Maßnahmen zu ergreifen und die Abschaffung der Degressivität zu fordern.“

97 %

In einer kürzlich von der CSC-Arbeitslosengruppe durchgeführten Umfrage unter 2.265 Arbeitssuchenden gaben 97 % an, dass sie Schwierigkeiten hätten, über die Runden zu kommen. 15 % sind auf die Hilfe ihrer Familie angewiesen. 22,5 % müssen auf ihre Ersparnisse zurückgreifen (insofern sie welche haben).

Drei Phasen des Arbeitslosengeldes

Die Höhe des Arbeitslosengeldes sinkt in drei Phasen und hängt von der familiären Situation ab.

Ein Mitbewohner mit Personen zu Lasten erhält 65 % seines letzten Lohnes in den ersten drei Monaten und 60 % vom 4. bis zum 12. Monat, danach hängt der Betrag von der Dauer seiner beruflichen Laufbahn ab. In der Endphase bezieht er 1.537,90 Euro/Monat.



Ein Alleinstehender erhält 65 % seines letzten Lohnes in den ersten drei Monaten und 60 % vom 4. Monat bis zum 12. Monat, dann 55 % für einen Zeitraum, der von der Dauer seiner beruflichen Laufbahn abhängt. In der Endphase bezieht er 1.246,18 Euro/Monat.



Ein Mitbewohner erhält 65 % seines letzten Lohnes in den ersten drei Monaten und 60 % vom 4. bis zum 12. Monat, dann 40 % für einen Zeitraum, der von der Dauer seiner beruflichen Laufbahn abhängt. In der Endphase bezieht er 646,88 Euro/Monat.



„Eher überleben als leben“

Hilde Thys (56 Jahre): „Es stimmt nicht, dass Menschen, die seit einiger Zeit arbeitslos sind, nicht arbeiten wollen. Ich würde wirklich gerne einen Job finden. Die Leute, die ich in der CSC-Arbeitslosengruppe treffe, sagen dasselbe. Es gibt ein Problem der Diskrepanz und wir verpassen systematisch Chancen.“

Ich habe eine Ausbildung zur Innenarchitektin gemacht. Nach der Insolvenz wurde ich entlassen und hatte dann ein paar andere Jobs, aber jetzt bin ich seit einiger Zeit arbeitslos. Weil ich Osteoporose und Rückenproblemen habe, kann ich nicht jeden Job annehmen. Ich kann zum Beispiel nicht den ganzen Tag am Computer arbeiten. Ich habe mich über das VDAB (Arbeitsamt in Flandern) weitergebildet, aber das hat nicht zum gewünschten Job geführt. Ich würde gerne einen Optometrie-Kurs belegen, aber der wird vom VDAB

nicht anerkannt, obwohl es ein Mangelberuf ist. Wenn ich es dennoch tue, verliere ich mein Arbeitslosengeld. Ich werde regelmäßig zu Vorstellungsgesprächen eingeladen, aber immer ohne Erfolg. Die Tatsache, dass ich lange nicht gearbeitet habe und mein Alter sprechen gegen mich. Ich habe schon viel ehrenamtlich gearbeitet, konnte dadurch aber leider keinen Job finden.

Als Alleinstehende muss ich mit einem Arbeitslosengeld von 1.270 Euro im Monat auskommen. Ich verzichte auf vieles. Früher, als ich noch arbeitete, bin ich regelmäßig in Urlaub gefahren. Das kann ich mir jetzt nicht mehr leisten. Ich habe Glück, dass mein Vater einen Garten hat und mich mit Gemüse versorgt. Ich lebe nicht, ich überlebe so gerade. Es ist völlig falsch zu denken, dass wir motivierter wären, Arbeit zu suchen, wenn man uns das Geld kürzt.“



Straßentransport: „Nicht-europäische Fahrer arbeiten wie Sklaven“

Gibt es in Europa einen chronischen Mangel an Fahrern... oder an neuen Sklaven?

In einem Schreiben an die europäischen Verkehrsminister stellt Roberto Parrillo, Hauptverantwortlicher für den Sektor Straßentransport und Logistik bei der CSC-Transcom, fest, dass die Bescheinigung von Fahrern aus Drittländern ein trauriges Kapitel ist. Diese Fahrerbescheinigung wurde 2002 von der Europäischen Kommis-



DA DIE FAHRERBESCHEINIGUNG EIGENTUM DES ARBEITGEBERS IST, KANN ER SIE JEDERZEIT EINZIEHEN.

sion eingeführt, um den unlauteren Wettbewerb im internationalen Transportsektor zu bekämpfen. Aber sie ist zu einem Instrument des Sozialdumpings geworden, das den Wettbewerb verzerrt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Um nichteuropäische Fahrer einzustellen, muss der Arbeitgeber bei der zuständigen Behörde eine namentliche Bescheinigung für jeden Fahrer beantragen und die in dem Land geltenden Arbeitsbedingungen einhalten. „2012 war diese Bescheinigung eine Ausnahme, und die Bescheinigungen waren eher gleichmäßig auf die Mitgliedstaat-

ten verteilt“, erklärt Parrillo. „Aber in neun Jahren ist die Zahl von 44.316 auf 277.159 gestiegen! Heute ist die Fahrerbescheinigung weit verbreitet.“ Der unverhältnismäßig hohe Einsatz dieser Arbeitskräfte durch einige Länder und die Art und Weise, wie sie behandelt werden, ist problematisch. „Das sind richtige Sklaven. Mehr als die Hälfte dieser Fahrer erhalten vom Arbeitgeber ‚schwarze‘ Anzahlungen. Nach einigen Monaten Arbeit droht der Arbeitgeber damit, die ausstehenden Löhne nicht zu zahlen. Da die Bescheinigung Eigentum des Unternehmens ist, kann es sie jederzeit einziehen. Das ist eine ständige Bedrohung für den Arbeitnehmer.“

Komplizenschaft bei der Ausbeutung

Was unternimmt Europa angesichts dieser Situation? „Nichts“, bedauert der Transcom-Verantwortliche. „Die EU-Kommissarin für Verkehr, Adina Valean, findet die Verwendung der Bescheinigungen angesichts des Fahrer Mangels sehr positiv, aber sie stellt sich keine Fragen über die Ausbeutung der Fahrer.“ Schlimmer noch: Die Kommission erlässt einen Leitfaden, in dem die Definition des ‚entsendeten Arbeitnehmers‘ von jener der Entsenderichtlinie abweicht. Dabei ist es die gleiche Kommission, die für die Umsetzung des Mobilitätspakets verantwortlich ist, das u.a. das Verbot von Ruhezeiten im LKW, die Rückkehr des Fahrers alle vier Wochen... umfasst.

„Mit dieser Definition könnten die etwa 80.000 Arbeitnehmer aus Drittländern, die in Litauen arbeiten, in Belgien oder von Belgien aus arbeiten, anstatt in Litauen oder von Litauen aus zu arbeiten. Dies ist ein erster Einschnitt in das Mobilitätspaket.“

Roberto Parrillo zufolge beteiligen sich die Mitgliedstaaten auch an der Ausbeutung außereuropäischer Arbeitnehmer: „Um das litauische Beispiel aufzugreifen: Die Fahrer können nicht nur leer in Litauen abfahren und in Spanien laden, um in Frankreich zu entladen, sondern die Arbeitgeberbeiträge sinken von 32,6 % auf 3 %. Das ist vom Staat organisierter unlauterer Wettbewerb. Kein französisches oder spanisches Unternehmen kann damit konkurrieren!“

Es gibt Lösungen

Die Situation ist anormal: In Litauen gibt es beispielsweise für die Tätigkeit eines Fahrers viermal so viele Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern wie aus der EU. Es gibt jedoch Lösungen. So könnte zum Beispiel die Anzahl Bescheinigungen auf maximal 5 % der Anzahl Fahrer im Land begrenzt werden. Eine weitere mögliche Lösung wäre, dass die Mitgliedstaaten endlich die in der Verordnung von 2009 vorgeschriebenen mindestens 20 % der jährlichen Kontrollen durchführen. Roberto Parrillo schließt mit einer Warnung: „Der Straßentransport zeigt, in welche Richtung sich Europa bewegt...“

Ab Mai 2023 eine Zulage für alle, die mit dem Rad zur Arbeit fahren

Vor kurzem hat der Nationale Arbeitsrat ein kollektives Arbeitsabkommen (KAA) über die Fahrradzulage abgeschlossen. Arbeitnehmer, die mit dem Rad zur Arbeit fahren und bisher keinen Anspruch darauf hatten, erhalten spätestens am 1. Mai 2023 eine Fahrradzulage von 0,27 €/km.

Dieser Betrag wird automatisch parallel zum steuerbefreiten Höchstbetrag steigen. Die CSC begrüßt dies. Für jene, die bereits im Rahmen eines KAA Anspruch auf eine Fahrradzulage haben, ändert sich nichts.

Zurzeit fahren 11 % aller Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) mit dem Fahrrad zur Arbeit. Von der großen Gruppe der Arbeitnehmer, die weniger als fünf Kilometer von ihrem Arbeitsplatz entfernt wohnen, fahren immer noch 55 % mit dem Auto zur Arbeit. Wir hoffen, dass sich diese Zahlen durch die allgemeine Einführung der Fahrradzulage ändern werden. Eine gute Infrastruktur für Radfahrer ist natürlich auch wichtig.

Im Jahr 2019 hat der Zentrale Wirtschaftsrat die Kosten einer branchenübergreifenden Fahrradzulage für den gesamten Privatsektor auf 40 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Dieser Betrag entspricht etwa 2 % der Ausgaben, die Unternehmen für Firmenwagen aufwenden, oder 0,02 % der gesamten Lohnsumme in Belgien. Diese 40 Millionen berücksichtigen nicht die tatsächlichen Einsparungen, die Unternehmen durch das Fahrrad erzielen. Die tatsächlichen Kosten sind lächerlich gering im Vergleich zu dem, was die Unternehmen beispielsweise durch den Wegfall von Parkplätzen einsparen.



© Shutterstock

25.000 Menschen aus dem NKS-Sektor demonstrieren in Brüssel



Mehr als 25.000 MitarbeiterInnen aus Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Seniorenheimen, Jugend- und Kultureinrichtungen, Kindertagesstätten und aus anderen Bereichen des nicht-kommerziellen Sektors (NKS) haben Ende Januar an einer Nationalkundgebung in Brüssel teilgenommen. „Diese Demo ist ein großer Erfolg. Sie zeigt vor allem, dass die MitarbeiterInnen der betroffenen Sektoren die Nase gestrichen voll haben und dass sie die Notbremse ziehen“, erklärt CNE-Nationalsekretär Yves Hellendorff.

Die Situation in vielen Einrichtungen ist ernst. Es fehlt an Personal, viele Stellen sind vakant und das noch anwesende Personal ist ausgepowert. „Es ist höchste Zeit, dass man ihnen zuhört und ihnen hilft. Die Situation ist unhaltbar.“ Unsere Aufnahme zeigt einige ostbelgische TeilnehmerInnen an dieser Demo.



Welche Sektoren sind am stärksten von der Energiekrise betroffen?



Nicht alle Unternehmen sind angesichts der Energiekrise gleich. Während einige skandalöse Übergewinne erzielen, leiden andere sehr stark unter der Situation... was sich auf die Arbeitnehmer auswirkt.

Nicht nur die Haushalte sind von den hohen Energiekosten betroffen. Auch Unternehmen, die bei ihrer Produktion oder ihren Dienstleistungen große Mengen an Energie verbrauchen, stehen unter finanziellem Druck. Dieser Druck kann die Zukunft des Unternehmens und seiner Beschäftigten gefährden, da einige Unternehmen aufgrund der hohen Energiepreise ihre Tätigkeit vorübergehend einstellen mussten oder eventuell werden müssen. Die Tatsache, dass die Regierung vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2023 die vorübergehende Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit) Energie¹ eingeführt hat, zeigt, wie ernst die Lage ist.

Einer der Hauptgründe für diese Schwierigkeiten ist die hohe Importabhängigkeit des belgischen Energiemarktes. Belgien steht auf Platz fünf der europäischen Länder, die am stärksten von Energieimporten abhängen. Im Jahr 2020 importierte Belgien 78 % der im Land verbrauchten Energie. Neben dieser hohen Importabhängigkeit machen aber auch

andere Faktoren wie das nationale Energiepreissystem den belgischen Energiemarkt besonders anfällig für Preisschwankungen auf dem internationalen Markt. Diese Schwankungen haben je nach Sektor spezifische Auswirkungen. Hier ein Überblick.

CSC Bau-Industrie & Energie

Auf Ebene der von der CSCBIE betreuten Sektoren sind die Auswirkungen vor allem in energieintensiven Industrien zu spüren. Dies ist beispielsweise in der Chemie und Petrochemie der Fall, in denen die Energie einen hohen Anteil der Produktionskosten darstellt, sowie in den Baustoffsektoren (Ziegel, Glas, Zement...). Die Ziegelei Ploegsteert in Barry (Tournai) hat ihren Ofen aufgrund der Gaspreise eine Zeit lang stillgelegt. Im Oktober 2022 schlugen die Zementhersteller angesichts unhaltbarer Preiserhöhungen Alarm. Die Auswirkungen der steigenden Energiekosten sind umso stärker, wenn sie für diese Unternehmen mit einem Preisanstieg für CO₂-Emissionszertifikate gekoppelt

sind. Einige dieser Unternehmen, die 2022 besser gestellt waren (Energieverträge zu festen Preisen - Zeitraum vor der Lohnerhöhung), legen Vorräte für mögliche vorübergehende Pro-

BELGIEN STEHT AUF PLATZ 5 DER EUROPÄISCHEN LÄNDER, DIE AM STÄRKSTEN VON ENERGIEIMPORTEN ABHÄNGEN.

duktionsstopps im Jahr 2023 an. Andere, wie der Düngemittelhersteller Yara in Tertre, haben bereits mehrere Produktionslinien mit hohem Gasverbrauch stillgelegt.

¹ Dieses flexible System der wirtschaftlichen Arbeitslosigkeit kann von Unternehmen genutzt werden, deren Energierechnungen im Jahr 2021 mindestens 3 % der Wertschöpfung ausmachten oder deren Energierechnungen für die vergangenen Quartale sich im Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres verdoppelt haben.



Auch in der Papier-, Druck- und Grafikindustrie sind die Auswirkungen erheblich. Sie sind auf die steigenden Kosten für Zellstoff und Papier zurückzuführen, die durch den Zustand des globalen Papiermarktes nach Corona sowie durch die steigenden Transportkosten und Energiepreise in die Höhe getrieben werden.

Im Bausektor gibt es hauptsächlich indirekte Auswirkungen durch höhere Materialpreise. Die Akteure des Sektors befürchten eine Schwächung der Fähigkeit von Haushalten und anderen Wirtschaftsakteuren, die steigenden Baukosten zu tragen und somit in Gebäude zu investieren, sowohl bei Neubauten als auch bei Renovierungen.

Für die CSCBIE sind eine Evaluierung der Liberalisierung des Strommarktes und eine Neugestaltung der Strompreisbildung auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten unerlässlich, wobei kurzfristig ein Preisstopp zu erwarten ist. Mittelfristig befürwortet die Zentrale außerdem massive Investitionen in die Dämmung von Gebäuden und in die Energieeffizienz von Industrieprozessen. Sie fordert auch Innovationen, u.a. in der Kreislaufwirtschaft, sowie eine Verlagerung bestimmter Produktionsbereiche, einschließlich der Erzeugung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Energie.



© Shutterstock

In einem Stahlunternehmen machen die Energiekosten jetzt mehr als 40 % der Produktionskosten aus.

CSC METEA

In den von Metea betreuten Sektoren sind es natürlich ebenfalls die energieintensiven Unternehmen, die am stärksten betroffen sind, d.h. die Luftfahrt, die Metall- und die Textilindustrie.

Beim Stahlunternehmen Aperam zum Beispiel sind die Energiekosten innerhalb von sechs Monaten von 200 Euro auf 300 Euro pro Tonne gestiegen. Sie machen nun mehr als 40 % der Verarbeitungskosten aus, gegenüber weniger als 20 % im Jahr 2016. Vor diesem Hintergrund beschloss das Unternehmen im August, seine Produktion nach dem Vorbild von Thy-Marcinelle zu drosseln. Es ging

sogar noch einen Schritt weiter und legte sie vom 28. Oktober bis zum 2. November ganz still. Das Unternehmen Sioen (in Mouscron) wird seinerseits die Produktion um die Hälfte einstellen, da es nicht mehr in der Lage ist, mit ausländischen Unternehmen zu konkurrieren.

Aber nicht alles war immer so tröstlich: Zwischen 2020 und 2022 erzielten einige Unternehmen des Sektors dank steigender Rohstoffpreise historische Gewinne. Selbst in der ersten Jahreshälfte 2022 übertrafen die Finanzergebnisse einiger Unternehmen die Erwartungen, da sie von der günstigen Konjunktur profitierten.

CSC Nahrung und Dienste

In der Lebensmittelindustrie gibt es derzeit keine mittleren oder großen Unternehmen, denen der Konkurs droht. Zum einen hat die Branche im Jahr 2021 zusätzliche Gewinne (sogar Rekordgewinne!) erzielt und Rücklagen gebildet. Andererseits stellen die Energiepreise eine erhebliche Gefahr dar, die genauso maßgeblich ist wie der Mangel an Arbeitskräften oder die Verknappung verschiedener Rohstoffe.

Innerhalb des Sektors sind einige Teilsektoren stärker betroffen als andere, je nachdem, wie stark die Energiekosten ins Gewicht fallen. Im Allgemeinen machten die Energiekosten (vor dem Anstieg) weniger als 10 % der Kosten und meist weniger als 5 % aus.

Im Teilsektor Bäckerei stellten die Energiekosten beispielsweise 5 % der Gesamtkosten dar. Ein Anstieg der

Das Baufach befürchtet einen Investitionsrückgang im privaten Wohnungsbau.



© Shutterstock



Energiepreise um 255 % bedeutete einen Anstieg der Gesamtkosten um 13 %, so dass die Bäckereien ihre Preise angehoben haben.

CSC Transcom (Logistik und Transport)

Der Anstieg der Energiepreise hat die Transport- und Logistikbranche in unterschiedlichem Maße betroffen und innerhalb dieser Sektoren hängt das Ausmaß der Auswirkungen von der Größe der Unternehmen ab. Im Transportsektor gilt: Je größer das Un-

ternehmen, desto besser kann es die Energiepreise aushandeln und damit die Folgen des Kostenanstiegs begrenzen. In der Logistikbranche ist der Handlungsspielraum geringer, weil Werkstätten und Lagerhallen beheizt werden müssen. Die Auswirkungen sind also größer, und in solchen Strukturen und in kleinen Transportunternehmen wird man vorübergehende Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit-Energie) finden. Angesichts der steigenden Produktionskosten (Energie, Inflation, ...) und der sinkenden Nachfrage aufgrund des allgemeinen Preisanstiegs

arbeiten einige Unternehmen in reduziertem Tempo. Um Betriebskosten zu sparen, ist beispielsweise das Logistikunternehmen GEFCO (in Ghislenghien), das Fahrzeuge entgegennimmt, sie in seinen Werkstätten aufbereitet und zu den Händlern schickt, jetzt einen Tag pro Woche in Kurzarbeit.

Im Energiebereich konzentrierten sich die Maßnahmen der Regierung vor allem auf die Verbrauchsteuern (Akzisen). Da die Transportunternehmen diese bereits einfordern, reichen die besagten Maßnahmen nicht aus. Die einzige Maßnahme, die derzeit wirklich greift, ist die Möglichkeit, auf die wirtschaftliche Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer zurückzugreifen. Aber abgesehen davon, dass diese Maßnahme natürlich bei weitem

IM TRANSPORTSEKTOR GILT: JE GRÖßER DAS UNTERNEHMEN, DESTO BESSER KANN ES DIE ENERGIEPREISE AUSHANDELN.

nicht ausreicht, will man ja, dass die Menschen arbeiten. Langfristig wird das Überleben einiger Unternehmen von ihrer Größe und ihrer Fähigkeit abhängen, Preise abzufedern und auszuhandeln.

Eupen: Deutsch-belgische Sprechtag für Grenzgänger

Auch in diesem Jahr nimmt der CSC-Grenzgängerdienst an den deutsch-belgischen Sprechtagen teil, die vom GrenzInfoPunkt Aachen-Eurode veranstaltet werden. Themen sind u.a. Sozialversicherung, Familienleistungen und Steuern. Mitarbeiter der verschiedenen Anlaufstellen werden anwesend sein.

Die drei Termine in Eupen, Gospertstraße 42, finden jeweils mittwochs von 9 bis 15 Uhr statt am:

- ▶ 08.03.2023
- ▶ 06.09.2023
- ▶ 29.11.2023

Alle Termine finden nur nach vorheriger Terminabsprache statt, telefonisch beim GrenzInfoPunkt: + 49 241 56 86 10



Zusatzrenten: ein teurer Rechenfehler

Die Ergänzung der gesetzlichen Rente durch andere Rentenpläne soll es ermöglichen, das Rentenalter in aller Ruhe zu erreichen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Zusatzrente den Arbeitnehmern Geld kostet, anstatt ihnen Geld einzubringen. Die CSC hat mit dem Föderalen Pensionsdienst eine Lösung erarbeitet, aber die politische Umsetzung lässt auf sich warten.



Die Berechnung wurde in den 80er Jahren gemacht. Seitdem leben wir viel länger.

Laut der aktuellen Lebenserwartung lebt eine Person nach Erreichen des Rentenalters im Durchschnitt noch 22,5 Jahre. In seinen Berechnungen begrenzt der Föderale Pensionsdienst die Lebenserwartung jedoch immer noch auf 12,4 Jahre nach Erreichen des Rentenalters. Dadurch wird der monatliche Betrag, den die Zusatzrente darstellt, überschätzt. Die KIV-Beiträge sind folglich zu hoch, was bedeutet, dass viele Rentner eine zu niedrige Nettorente erhalten. So kann eine Zusatzrente eine 82-jährige Person sogar Tausende von Euro kosten, anstatt ihr Geld einzubringen.

„Diese Situation ist schmerzhaft“, so Nathalie Diesbecq. „Alle öffentlichen Stellen sind sich des Problems bewusst. In Zusammenarbeit mit dem Föderalen Pensionsdienst haben wir die Berechnung angepasst. Diese Anpassung ist einfach umzusetzen. Es fehlt nur der politische Wille, etwas zu ändern.“

Die Zusatzrente kommt zur gesetzlichen Rente hinzu. Diese zwei „Rentensäulen“ werden bei der Berechnung der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung (KIV-Beiträge) auf das Renteneinkommen berücksichtigt. Die Regierung wendet hier einen buchhalterischen „Trick“ an. Die CSC ist jedoch der Ansicht, dass er einen Fehler enthält und dass dieser Fehler viele Menschen teuer zu stehen kommt. Es ist sogar möglich, dass eine Zusatzrente am Ende Tausende von Euro kostet.

Im Gegensatz zur gesetzlichen Rente wird die Zusatzrente entweder als Einmalzahlung im Rentenalter oder in Form von Jahrestrenchen ausbezahlt. Die KIV-Beiträge werden jedoch auf der Grundlage des monatlichen Einkommens berechnet. Der Betrag der Zusatzrente muss also in ein monatliches Einkommen umgerechnet werden. Hier gibt es ein grundlegendes Problem.

„Wie diese Berechnung durchgeführt wird, wurde vor Jahrzehnten festgelegt“, erklärt Nathalie Diesbecq, Juristin bei der CSC. „Seitdem werden wir jedoch viel älter. Ein Rentner lebt also länger mit seiner Zusatzrente. Der

Föderale Pensionsdienst stützt seine Berechnungen jedoch weiterhin auf die Lebenserwartung der 80er Jahre. Er überschätzt daher das monatliche Einkommen.“

Valentinstag

Automatische Indexierung Ihrer Löhne ?
Wir verteidigen sie von ganzem ♥

Aktion der CSC in den Einkaufszentren
14. Februar ab 12:15 Uhr in Lüttich (Belle-Île und Médiacité)
in Verviers (Crescent'Eau)

CSC
Lüttich Verviers
Östbelgien

„Wir müssen unsere Organisation an die Zukunft anpassen“

Seit dem 1. Januar leitet Lieve De Preter die Geschicke der ACV-CSC Metea mit unter anderem Lahoucine Ourhribel, dem neuen Generalsekretär Süd, an ihrer Seite. Sie erörtern die Herausforderungen, die während ihres jeweiligen Mandats zu bewältigen sind.

Wie läuft der Sozialdialog in den von Metea betreuten Sektoren vor dem Hintergrund der Krise?

Lieve De Preter (LDP): Unser höchstes Gebot ist es zu versuchen, nationale Abkommen in diesem Sektor abzuschließen. In den von uns abgedeckten Sektoren gibt es viele KMU, und in diesem Zusammenhang scheint mir der Abschluss sektoraler Abkommen sehr wichtig zu sein,



DIE INDUSTRIEPOLITIK MUSS IN ERSTER LINIE TEIL DES GERECHTEN ÜBERGANGS SEIN.

auch wenn sich diese derzeit nur auf qualitative Elemente beziehen. Die Unterstützung der Arbeitnehmer in der Industrie ist unerlässlich, wenn es um die Sicherheit und die Qualität der Arbeitsplätze geht. Wir wollen ihnen mehr Sicherheit geben, sowohl in Bezug auf Einkommen als auch auf Arbeit, was das Recht auf Weiterbildung einschließt. Wir versuchen ebenfalls, die Qualität der Beschäftigung während der gesamten Berufslaufbahn zu verbessern. Im sozialen Dialog geht es darum, die machbare Arbeit, die Ergonomie oder auch am Laufbahnende, den Zeitkredit und den Vorruhestand zu verbessern, um die letzten Arbeitsjahre zu erleichtern.

Lahoucine Ourhribel (LO): Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen unsere Mitglieder konfrontiert sind, müssen wir pragmatisch sein und jede Gelegenheit nutzen, um ihre Arbeits-

bedingungen zu verbessern. Wir müssen auch von der Regierung Reformen fordern, die die Steuerlast von der Arbeit auf das Kapital verlagern und so die Kaufkraft der Menschen verbessern. Der Anstieg der Energiepreise hat die Preise für Rohstoffe und Grundnahrungsmittel in die Höhe getrieben. Dies bringt viele KMU in finanzielle Gefahr und bedeutet für die Arbeitnehmer Unsicherheit und Prekarität. Die Regierung wird die Preise auf einem korrekten Niveau einfrieren müssen, um die Inflation unter Kontrolle zu halten.

Die Sozialwahlen 2024 werden ein wichtiger Moment in Ihren Mandaten sein, oder?

LO: Der durch Krisen belastete Kontext vor den Wahlen beeinflusst auch die Arbeit unserer Militanten. Die Sozialwahlen bleiben jedoch ein wichtiges Ereignis für die Sozialdemokratie in den Unternehmen, das man auf keinen Fall verpassen sollte.

LDP: Es wird notwendig sein, neue gute Kandidaten zu finden, die nach ihrer Wahl die Militanten in ihrem Unternehmen unterstützen können. Deshalb bedarf es einer guten Schulung der Militanten. Über die Grundausbildung hinaus bieten wir Schulungen an, die es ihnen ermöglichen, sich weiterzubilden und zu verbessern, damit sie gestärkt in den Sozialdialog mit dem Arbeitgeber gehen können.

LO: In Zusammenarbeit mit der überberuflichen CSC werden wir alles dafür tun, damit unsere Militanten gute Ergebnisse erzielen können.

Lieves Vorgänger wollte Metea zu einer „Gewerkschaft 4.0“ machen. Ist ihm das gelungen?

LDP: Eine Gewerkschaft 4.0 zu werden ist eine langfristige Entwicklung. Wir haben viel mit den Militanten über Digitalisierung und andere Themen rund um die Industrie 4.0 gesprochen. Aber ein neues Element ist aufgetaucht: der Klimawandel. Viele der von Metea abgedeckten Unternehmen haben Auswirkungen auf das Klima, wie zum Beispiel der Stahlsektor.

LO: Unsere Organisation wird sich den technologischen Herausforderungen stellen müssen, die diese Übergänge mit sich bringen, sowohl in ihrer Arbeitsweise als auch in ihrer Herangehensweise an Arbeit, Beschäftigung, Einkommen und Sozialschutz.



Lieve De Preter

Geboren in Heist o/d Berg, 58 Jahre alt, Mutter von zwei Kindern.

Als ausgebildete Sozialarbeiterin und Soziologin stieg Lieve 1988 bei der CSC ein, wo sie ihre gesamte Laufbahn verbrachte: Sie begann als Regionalsekretärin bei der ACV Heist-op-den-Berg, arbeitete dann im Studiendienst der CSC-Metall/ACV-CSC Metea, wurde anschließend Leiterin des Studiendienstes und danach Generalsekretärin der ACV-CSC Metea, deren Präsidenten zurzeit ist.

LDP: Der nächste Kongress wird sich übrigens mit dem Klimawandel und der Industrie befassen. Er wird die Gelegenheit bieten, eine Bestandsaufnahme der Situation vorzunehmen, die Auswirkungen des Klimawandels auf Industrie und Arbeitnehmer zu analysieren und Ideen für einen Aktionsplan zu entwickeln. Das ist wichtig, denn der Klimawandel und die dazu erforderliche Entwicklung 4.0 scheinen noch weit von den alltäglichen Sorgen der Militanten entfernt zu sein.

LO: Die Industriepolitik muss in erster Linie Teil des gerechten Übergangs sein. Klima- und Umweltherausforderungen müssen als Chance gesehen werden, die Investitionen und Innovationen zum Nutzen vieler hochwertiger Arbeitsplätze ermöglicht. Die Arbeitgeber müssen auch Verantwortung übernehmen, indem sie an der



© ACV-CSC Metea

Am 16. Dezember demonstrierten Metea-Militanten für mehr Kaufkraft.



Lahoucine Ourhribel

Geboren in Marokko, 52 Jahre alt, Vater von zwei Kindern.

Lahoucine lebt in der Region Charleroi und arbeitet seit 1996 für die CSC. Er kam 2003 als Regionalsekretär zur CSC-Metall und wurde 2017 Hauptsekretär der Zone N4 (Namur, Wallonisch-Brabant, Luxemburg). Seit dem 1. Januar 2023 ist er Generalsekretär Süd der ACV-CSC Metea.

wirtschaftlichen Planung für diesen Übergang beteiligt sind.

Wie sehen Sie die Zukunft in Ihren Branchen?

LO: Unsere Mitglieder und Militanten wollen eine starke Zentrale in einer mutigen, lösungsorientierten CSC. Gründlichkeit und Sorgfalt müssen unser Markenzeichen bei allen erbrachten Dienstleistungen und allen durchgeführten Verhandlungen und Aktionen sein.

LDP: Um für die Zukunft gerüstet zu sein, ist es wichtig, unsere Organisation anzupassen. Auf flämischer Seite wurde ein erster Schritt getan: Am 1. Januar 2023 sind die Angestellten unserer beiden Kernsektoren (Metall und Nichteisenmetall), die ACV-Puls¹ angeschlossen sind, Mitglieder von Metea geworden. Ich finde es wichtig, dass Angestellte und Arbeiter zusammenarbeiten. So können wir nicht nur bei Verhandlungen auf Unternehmensebene stärker sein, sondern auch globalere Themen innerhalb von Metea angehen, wie

z.B. den Klimawandel. Auf kohärente Weise für Arbeiter und Angestellte zu arbeiten, ist eine wichtige erste Herausforderung. Die zweite Herausforderung besteht darin, gegen den Mitgliederschwund anzukämpfen und mit anderen Zentralen eine größere Zusammenarbeit in Betracht zu ziehen, um sowohl in den Sektoren als auch bei den Dienstleistungen für die Mitglieder stärker zu sein. Meine Vorgänger hatten begonnen, sich diesen Herausforderungen zu stellen, und ich werde während meiner Präsidentschaft weiter daran arbeiten. Ich sehe meinem Mandat mit Zuversicht entgegen, denn ich werde von Kolleginnen und Kollegen unterstützt, in die ich volles Vertrauen habe.

¹ Das flämische Pendant der Angestelltengewerkschaft CNE.

Die Flexi-Jobs zerstören

feste Arbeitsplätze

Aufgrund der hohen Energiepreise und der rekordverdächtigen Inflation greifen viele Menschen auf Flexi-Jobs zurück, um ihr Einkommen aufzubessern. Die Zahl der Branchen, in denen Flexi-Jobs erlaubt sind, möchte die Föderalregierung ausweiten. Neben dem Hotel- und Gaststättengewerbe und dem Einzelhandel wird es bis Dezember 2024 Möglichkeiten geben in den Bereichen Sport, Kultur, im Veranstaltungssektor und im Gesundheitswesen. Diese Flexi-Jobs tragen nicht zur Finanzierung der Sozialversicherung bei und stellen eine Bedrohung für feste Arbeitsplätze dar.

„Flexi-Jobs sind ein Teil des Problems, nicht die Lösung“

Ab dem 1. Januar 2023 wird es möglich sein, im Kultursektor einen Flexi-Job auszuüben. Vinciane Convens erklärt: *„Künstler und Techniker greifen bereits in großem Umfang auf kurzfristige Verträge zurück. In einem Sektor, der bereits unter prekären Verträgen leidet, wird das System der Flexi-Jobs die Instabilität der Beschäftigung noch steigern.“*

Es gibt drei große Probleme mit den Flexi-Jobs. Erstens handelt es sich meist um Verträge auf Abruf, bei denen der Arbeitgeber Sie nach Belieben zur Arbeit bestellen oder abbestellen kann. Es wird keine Mindestleistung vereinbart und im schlimmsten Fall schickt der Arbeitgeber Sie nach Hause, ohne Sie zu bezahlen. Sie können zwar ablehnen, wenn Ihr Arbeitgeber Sie fragt, arbeiten zu kommen, aber nach mehreren Ablehnungen wird er Sie schließlich gar nicht mehr fragen.

Außerdem ist nicht einmal der - ohnehin niedrige - Branchenmindestlohn garantiert. Es kann daher vorkommen, dass zwei Arbeitnehmer zusammenarbeiten und ganz unterschiedliche Löhne beziehen. Kompetenzen, Erfahrung oder Engagement spielen dann keine Rolle mehr. Wir finden, dass dies nicht richtig ist. Schauen Sie sich an, was im Hotel- und Gaststättengewerbe passiert: Einige Gastronomen setzen einen festen Arbeitnehmer vor die Tür und wählen dann aus

einer Gruppe von fünf Flexi-Jobbern aus. Die Arbeitgeber haben dadurch weniger Kosten und mehr Flexibilität, aber es gibt keine festen Arbeitsplätze mehr. Die Sozialpartner sollten selbst entscheiden können, ob und unter welchen Bedingungen das System auf den Sektor ausgeweitet werden soll, für uns sind Flexi-Jobs auf jeden Fall Unsinn.

Was die Beschäftigten brauchen, sind stabile Arbeitsplätze und längere Arbeits-



verträge, nicht einen noch stärkeren Abbau der Arbeitsbedingungen. Der Sektor braucht reguläre und qualifizierte Arbeitnehmer.

*Vinciane Convens,
CNE-Nationalsekretärin
für Kultur*

35,5 %



2019 schätzte der Rechnungshof die Zahl der Flexi-Jobs, die keine neuen Jobs sind, sondern aus einer Verschiebung der aktuellen Beschäftigung resultieren, auf 35,5 % ein.

10,97



Seit dem 1. Dezember 2022 beträgt der Mindeststundenlohn für einen Flexi-Job 10,97 Euro (brutto ist gleich netto, da es keine Abzüge gibt). Ein Urlaubsgeld von 0,84 Euro/Stunde wird zusammen mit dem Lohn gezahlt, so dass sich der Gesamtlohn auf 11,81 Euro/Stunde beläuft.

„Vor zwei Jahren erhielt der Gesundheitssektor Applaus. Als Dank werden Flexi-Jobs eingeführt.“

Auch im Gesundheitssektor können seit dem 1. Januar 2023 Flexi-Jobber eingestellt werden. Zwar sind Pflegefunktionen von dem System ausgenommen, aber in Krankenhäusern und Pflegeheimen können beispielsweise logistische oder andere Mitarbeiter im Rahmen eines Flexi-Jobs eingestellt werden. „Wenn man bedenkt, wie wichtig es ist, in multidisziplinären Teams zu arbeiten und Tätigkeiten zu delegieren, um das knappe Pflegepersonal zu unterstützen, sind Flexi-Jobs ein grundlegender Fehler“, so Yves Hellendorff.



Es handelt sich um eine reine Sparmaßnahme. Vor zwei Jahren, während der Corona-Krise, erhielt das Gesundheitspersonal Applaus. Man erkannte die Professionalität aller Berufe in diesem Sektor an. Als Dank erhalten wir jetzt Flexi-Jobs. In Wirklichkeit beheben diese Jobs nicht den Arbeitskräftemangel. Pflegefunktionen sind zum Glück von Flexi-Jobs ausgeschlossen, aber logistische Funktionen, die ebenfalls Patientenkontakt beinhalten, können ihrerseits von Flexi-Jobbern besetzt werden. Studien zeigen jedoch, dass es z. B. für ältere Patienten wichtig ist, bekannte Gesichter zu sehen, was mit den Flexi-Jobbern nicht der Fall sein wird.

Überdies verdienen Flexi-Jobber deutlich weniger als Mitarbeiter, die mit einem klassischen Vertrag angestellt sind. Nehmen wir als Beispiel einen Logistikmitarbeiter in einem Krankenhaus mit fünf Jahren Betriebszugehörigkeit: Das Gehalt eines Flexi-Jobbers liegt 32 % unter dem Lohn eines fest angestellten Mitarbeiters! Der Flexi-Jobber erhält auch keine Zuschläge für Abend-, Wochenend- oder Nachtarbeit und für Überstunden. Für den Arbeitgeber ist es daher finanziell viel attraktiver, einen Flexi-Jobber einzustellen.

Schließlich wollen viele Teilzeitbeschäftigte im Pflegebereich mehr arbeiten. Einer Umfrage zufolge sind es zwischen

23.800 und 30.700, aber diese zusätzlichen Stunden werden ihnen nicht gewährt. Die Einführung von Flexi-Jobs zwingt diese Teilzeitbeschäftigten dazu, entweder wenig Stunden zu arbeiten oder einen unsicheren Status zu akzeptieren, um arbeiten zu können, was eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Folge hat.

*Yves Hellendorff,
CNE-Nationalsekretär
für das Gesundheitswesen*

© Shutterstock



98.370

Im zweiten Quartal 2022 gab es in Belgien 98.370 Flexi-Jobber. Zum Vergleich: Im gleichen Quartal 2018 waren es deren nur 38.764.



© Shutterstock

Kaufkraftprämie ersetzt Energieprämie

Während die Regierung immer noch an der Lohnnorm festhält, erlaubte sie dennoch einen Spielraum für eine mögliche einmalige Energieprämie, wie es bei der Corona-Prämie im Jahr 2021 der Fall war. Heute nennen wir sie nicht mehr „Energieprämie“, sondern „Kaufkraftprämie“.

Dabei handelt es sich um eine Nettoprämie, die in Form von „Konsumschecks“ von bis zu 750 Euro gezahlt wird, zu denen 16,5 % Arbeitgeberbeiträge hinzukommen. In Unternehmen ist die Gewährung dieser Kaufkraftprämie an das Erreichen „guter Ergebnisse“ im Jahr 2022 geknüpft.

Wenn die Gewährung der Prämie durch ein Sektorenabkommen geregelt wird, sind die Bedingungen viel strenger

als bei der Corona-Prämie: Die Arbeitnehmer in Unternehmen, die keine „hohen Gewinne“ erzielt haben, haben Anspruch auf nichts. Die Prämie kann bis zu 500 Euro in Unternehmen erreichen, die „hohe Gewinne“ gemacht haben, und bis zu 750 Euro in Unternehmen mit „außergewöhnlich hohen Gewinnen“. Die Sektoren können jedoch frei bestimmen, was unter „hohen“ oder „außergewöhnlich hohen“ Gewinnen zu verstehen ist.

Die Schecks müssen im Jahr 2023 ausgestellt und vor Ende 2024 ausgegeben werden.

Ein Novum gegenüber der Corona-Prämie: Die neue Kaufkraftprämie kann in allen gewerblichen Einrichtungen ausgegeben werden, also einschließlich über den E-Commerce, zumindest in den Geschäften, die Schecks als Zahlungsmittel akzeptieren.

Großbritannien: Hände weg vom Streikrecht!



Seit mehreren Wochen demonstrieren in Großbritannien die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Eisenbahner, Pflegekräfte, Postbeamte, Lehrer usw.) für bessere Löhne und Gehälter. Ihr Streikrecht wird jedoch ernsthaft durch einen übermäßig restriktiven Gesetzentwurf gefährdet, der die grundlegenden Normen der Internationalen Arbeitsorganisation verletzt. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, werden bestimmte Arbeitnehmer in Schlüsselsektoren während eines Streiks arbeiten müssen, weil ein namentlicher Mindestdienst auferlegt wird. Sollten sich die Betroffenen weigern, würden sie strafrechtlich verfolgt und müssten mit einer Entlassung rechnen.

Die Mitglieder des wallonischen Regionalausschusses der CSC haben ihre Solidarität mit den britischen Arbeitnehmern bekundet, indem sie deren Forderung „Hands Off Right to Strike“ aufgegriffen haben.